

Pränumerationspreise:

Für Laibach (Sammt
Zustellung in's Haus):

Ganzjährig . . fl. 5.—
Halbjährig . . „ 2.50
Vierteljährig . . „ 1.25

Mit Postversendung:

Ganzjährig . . fl. 6.—
Halbjährig . . „ 3.—
Vierteljährig . . „ 1.50

Einzelne Nummern 5 fr.

TRIGLAV

Zeitschrift für vaterländische Interessen.

(Erscheint Dienstag und Freitag.)

Manuskripte werden nicht zurückgesendet, anonyme Mittheilungen nicht berücksichtigt.

Insertionsgebühren:

Für die zweispaltige Zeile oder deren Raum . . .
einmaliger Einschaltung . . .
6 fr., 2mal 8 fr., 3mal 10 fr.

Stempel jedesmal 3 fr.

Redaktion: Hauptstadt
Nr. 313, III. Stock.

Administration eben
daselbst in Ottokar Klerr's
Buchhandlung.

Jahrgang V.

Laibach, Dienstag am 3. Mai 1870.

Nr. 35.

„Rußland und Oesterreich.“

(Schluß.)

Anstatt sich nun durch so bedeutsame Kundgebungen von nicht-deutscher Seite zur Umkehr von seinem unheilvollen Vorgehen bestimmen zu lassen, glaubte vielmehr der zisleithanische Teutonismus auf seiner Bahn noch einen Schritt weiter vorgehen zu müssen, und die Parole: „Wir werden die Slaven an die Wand drücken,“ wurde ausgegeben. Ob die Worte wirklich gesprochen wurden oder nicht, von wem sie gesprochen oder nicht gesprochen wurden — man hat sie bekanntlich wiederholt dementirt — kann uns gleichgültig sein; uns genügt, daß alles, was seit Ende 1866 vom zisleithanischen Teutonismus unternommen wurde, darnach aussteht, als ob er sich an jene Parole gehalten haben wollte. Aber wie ist das Experiment ausgefallen? Aus dem alten „Jornasari“ erinnern wir uns an eine Anekdote, wo einer der ein Pferd besteigen soll, den Himmel um seinen Beistand ansieht und dann, einen gewaltigen Anlauf nehmend, zwar auf der einen Seite hinauf, doch auf der anderen wieder herunter kommt; „o Gott,“ ruft er schmerzvoll aus, „du hast mir zu viel geholfen — o Dio, mi hai stra jutato.“ So und nicht anders erging es auch dem zisleithanischen Teutonismus mit dem „an die Wand drücken“ der Slaven; es ist ihm gelungen, aber etwas mehr als er sich verlangte: die „Wand“ hat nach gegeben und die Slaven sind — bis nach Moskau gedrückt worden! Nicht etwa als ob wir meinten, die österreichischen Slaven hätten unter anderen Umständen nicht nach Moskau gehen dürfen. Denn wenn ihr anderen euch erlaubet, auf eure Gefangens-, Turn- und Schützen-Festhallen mit goldenen Lettern zu schreiben: „Wir sind ein einzig Volk von Brüdern“ und dazu eure nord-, mittel- und süddeutschen Stammesgenossen einzuladen, die doch in staatlicher Hinsicht eben so wenig zu euch gehören als die österreichischen Slaven zu Rußland, so konnte es doch auch letzteren niemals verwehrt sein, an einer gemeinsamen slavischen Feierlichkeit sich zu betheiligen und sie durch Männer ihrer Wahl zu beschicken. Allein wenn in solcher Weise österreichische Slaven im Sommer 1867 auch unter gewöhnlichen Verhältnissen Moskau besucht hätten, so würde ihre Pilgerfahrt doch nicht einen politischen, sie würde nicht einen demonstrativen, einen so bedenklichen, ja gefährlichen Charakter angenommen haben, wie es leider thatsächlich der Fall war. So aber folgte auf den Stoß der Gegenstoß, und die bedauerlichen Nachwirkungen davon konnten bis auf den heutigen Tag um so weniger abgeschwächt werden, je weniger von der anderen Seite irgend etwas wahrzunehmen war, das sich auf eine freundlichere, verständlichere Wendung deuten ließ. Noch im April 1865 schrieb der Prager „Národ“: „Wir denken nicht daran die Hilfe irgend jemand's anzurufen, solange uns die Hoffnung nicht völlig benommen ist, daß uns in Oesterreich Recht werde.“ Nehmt heute eines der unabhängigen österreichisch-slavischen Organe zur Hand, und ihr werdet, wenn nicht ausdrücklich, so doch zwischen den Zeilen, ganz anderes lesen.

So weit hat es in dem Zeitraum von wenig Jahren eine leidenschaftlich verblendete Parteipolitik mit diesem schönen, großen, mächtigen Oesterreich gebracht! Mit diesem Oesterreich, wo sie alle Platz haben, wenn sie sich nur einigermaßen verständig untereinander vertragen wollten! . . . Doch halten wir mit Betrachtungen solcher Art jetzt noch zurück! Unsere jetzige Aufgabe ist, zum Schlusse zu

bringen was wir eingeleitet haben, so peinlich uns auch die Erörterungen fallen, die sich an die vom zisleithanischen Teutonismus ausgegebene Parole knüpfen: „Wir wissen, wohin wir uns zu wenden haben.“ Das möget ihr immerhin wissen, ihr Herren; aber wisset ihr auch das andere, was möglicherweise daraus erfolgen könnte? Seid ihr eurer Sache so gewiß, daß man dort, wohin ihr euch und eure slavischen Landesgenossen „überliefere“ wollet, diese letzteren auch wirklich wird deutsch machen wollen? mehr und mit verschärfteren Mitteln wird deutsch machen wollen, als es eurer Meinung nach bisher in Zisleithanien geschehen? Wie, wenn die Rechnung anders ausfiel als ihr sie euch gemacht? Wenn die Politiker an der Spitze anstatt, wie ihr euch erwartet, Tag und Nacht nur darauf zu sinnieren alles zu thun was sie euch an den Augen absehen, vor allem suchen würden, sich ihrer Herrschaft in Böhmen und in Slovenien aufs beste zu versichern, und wenn sie dabei zur Einsicht kämen daß sie dieß nur dadurch erzielen könnten, daß sie den Cechoslaven in den Ländern der St. Wenzelskrone und den Slovenen in den innerösterreichischen Gebieten alles mögliche zu Gefallen thun, um in ihnen ja den Gedanken nicht aufkommen zu lassen, daß sie es unter einer anderen, allenfalls russischen Herrschaft irgend besser haben könnten? Denn dahin würde es, wenn sich die Pläne jener, die „wissen, wohin sie sich zu wenden haben,“ je verwirklichen könnten, zuletzt gekommen sein, daß wir die russische Macht in unserer unmittelbaren Nähe hätten. Der zisleithanische Teutonismus im Bunde mit dem transleithanischen Magyarisismus würde der panrussischen Idee so dienstbar in die Hände gearbeitet haben, daß das Moskowiter-Reich im Zusammenhang mit seinen Vasallen-Staaten bis an die Leitha und Oder reichte, und daß das nach den Ideen seiner von Leidenschaft geblendeten Vertreter geeinigte Deutschland um dieser drängenden russischen Nachbarschaft willen alles aufbieten müßte, sich mit den seinem Bereiche noch angehörigen Slavenstämmen auf besten Fuß zu setzen, um nicht zuletzt auch sie zu verlieren.

Aus der Rede des Prof. Dr. Maassen,

welche derselbe im katholisch-konservativen Verein in Graz gegen die herrschende Strömung und die Ansichten der Zeit hielt, glauben wir besonders die nachfolgenden kräftigen und interessanten Stellen hervorheben zu müssen.

„Werfen wir nun noch einige Blicke auf unsere werthen Landsleute. Wer sind unter uns diejenigen, welche diese Idee mit Freuden akzeptirt haben? Sind es diejenigen, die mit ihrem ganzen Herzen Oesterreicher sind, oder sind es nicht vielmehr diejenigen, die sobald als möglich die Last abschütteln möchten; welche die Zeit nicht erwarten können, daß Oesterreich nach seinen Nationalitäten auseinanderfalle — versteht sich, nachdem die deutsche Nationalität früher noch so und so viel Millionen Slaven konsumirt hat —, und dann in dem großen deutschen Einheitsstaat sich recht als Söhne Teut's zu fühlen?“

Ich kann bei dieser Gelegenheit eine Bemerkung nicht unterdrücken. Es gibt Deutschösterreicher, die, wie uns allen bekannt ist gerne mit ihren Sympathien für Preußen und seinen Beruf für Deutschland kokettiren. Ich wünschte diesen Herren — es wäre ihnen vielleicht recht heilsam —, daß sie einmal mit der strammen preu-

fischen Zucht und Ordnung recht genaue Bekanntschaft machten. (Große Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, lachen Sie nicht; es steckt viel Tüchtigkeit dahinter. Eines kann ich Sie versichern: Eine politische Größe von dem Range des Dr. Reichbauer würde in Preußen auf keiner Minister-Kandidaten-Liste figuriren können. (Auschsender Beifall, stürmisches Bravo.)

Ja, meine Herren, sind wir nicht alle gute Deutsche, die wir in dieser Versammlung von einer deutschen Mutter stammen? Ganz gewiß, ich spreche aus aller Herzen. Aber, meine Herren, nicht wahr, wir sind auch gute Oesterreicher? (Zustimmung.) Und, meine Herren, ich spreche es hier aus und fordere Sie auf mir zuzustimmen; denn Sie werden alle nicht daran zweifeln, daß Sie Ihrem Deutschthum damit nichts vergeben; sprechen wir heute alle, gerade heute, gerade wo wir wieder an einen neuen Wendepunkt im politischen Leben Oesterreichs gelangt sind, es laut und offen aus, daß wir die größte Hochachtung haben vor dem Volke, dem wir es vor allen zu verdanken haben, wenn Oesterreich nicht in der Centralisation aufgeht und vielleicht zu Grunde geht. Sprechen wir unsere Hochachtung vor dem tapferen Volksstamme der Cechen aus. (Stürmisches Bravo.) Er hat auch für unsere Freiheit gekämpft und gestritten.

Ich habe Sie nun freilich zu etwas verleitet, meine Herren. Es wird, ich glaube die Garantie dafür übernehmen zu können, es wird in unseren ebenso deutsch wie liberal gestimmten Blättern nun bald heißen: Wir seien alle schwarze Cechen. (Heiterkeit.) Meine Herren, werden wir uns das ansehen lassen? Nein, das kann uns nur zur Ehre gereichen; statt unseren deutschen Charakter zu beeinträchtigen, bekräftigt es ihn, wenn wir vor anderen Volksstämmen, vor der Tüchtigkeit anderer Nationalitäten Hochachtung und Verehrung haben. Die Slaven sind nicht unsere Gegner; sie sind unsere Freunde in dem gemeinsamen Kampfe; es handelt sich nicht darum, ob Deutsche oder Slaven herrschen sollen, es handelt sich darum, daß wir alle frei seien; es handelt sich darum, daß jeder sich in seiner Weise so auslebe, so seinem Berufe genug thue, wie es eben Gott in ihn gelegt hat. (Beifall.)

Zur Situation

schreibt Schuselka's „Reform“:

„Mit der Auflösung der sämmtlichen Landtage und dadurch des Reichsrathes soll nicht länger gezögert werden, denn wenn in irgend

Feuilleton.

Ein Bauer an der Save.

Ich habe meinen Zustand erwogen und mich überzeugt, daß es so nicht mehr gehen kann und anders gehen soll.

Mehr als die bessere Hälfte meines Grundertrages muß ich verkaufen, und die Barchaft an die Steuerkassen abführen, aus der anderen minderen Hälfte soll ich die Dienftboten und Tagelöhner zahlen, jene dann die Familie versorgen und kleiden und die Wirthschaftsfachen erhalten; — aber diese Hälfte reicht nicht aus, da überdieß Handwerker, Schulgelder, Kollekturen, Gemeindelasten u. s. w. zu zahlen sind; — ich muß mich immer mehr verschulden und in Kürze zu Grunde gehen oder auswandern.

Ist dieß nothwendig, da ich arbeitsam, sparsam und sittlich bin?

Ich sage: Nein! — Die Ursache des Mißgeschickes liegt anderswo.

Ich lasse den Kaiser unberührt, aber seine Regierungsräthe und ihre Handlungen kann ich eben so wenig begreifen, als ihre Anhänger und Proselitenmacher.

Die Lehren der Vernunft sind unwandelbar, wer ihnen entgegenhandelt, thut Unrecht. Schon die ältesten Völker erkannten, daß die Wohlfahrt des Staates die Aufgabe der Regierung, Gerechtigkeit oder Rechtsficherheit das erste Mittel dazu, vereint mit der Volkswohlfahrt aber der Zweck des Staates sei. Die Gleichstellung und Gleichhaltung aller Nationen fordert die Vernunft unbedingt, und ihre Zufriedenstellung bedingt und potenziert die Macht und Wohlfahrt des Staates.

Mir erscheint es daher als offenes Unrecht, wenn die Regierung die Suprematie einer Nation über die andere anstrebt, — wenn sie die Gleichberechtigung aller Nationen ausspricht, aber in der An-

einem Falle, so ist in der jetzigen Lage Oesterreichs die Appellation an die Bevölkerung ein kategorisches Gebot des konstitutionellen Prinzips. Die Neuwahlen müssen nach der bestehenden Wahlordnung vorgenommen werden, weil sonst eine neue Wahlordnung oftropirt werden müßte, jede Otkrohirung aber sorgfältig zu vermeiden ist. An die Landtage wird die Regierung in Gemäßheit der in den Vorverhandlungen erzielten Einverständnisse ihre Vorlagen bringen. Auch an die Landtage wird die ernste Frage ergehen: Wollt ihr den Ausgleich, die Veröhnung, die freie Einigung, die Erhaltung Oesterreichs? Sie werden mit Ja antworten und dann die Pflicht erfüllen, durch welche die Realisirung dieses Ja allein möglich ist. Zur definitiven Vereinbarung der Gesamtfassung muß ein Reichsrath ad hoc einberufen werden. Das geschieht ganz auf verfassungsmäßigem Wege, denn nach der bestehenden Verfassung hat der Kaiser in jedem Momente das Recht einen außerordentlichen Reichsrath einzuberufen, so oft ein außerordentliches Anliegen es nothwendig macht. Im höchsten Grade nothwendig ist es aber gewiß, um endlich eine definitive Ordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse herbeizuführen. Vor diesen Reichsrath wird die Regierung die nach den Landtagsvoten formulirten Anträge bringen, und er wird sie unter dem ernstesten Eindruck derselben Frage zu erledigen haben, von welcher die Existenz Oesterreichs abhängt. Der von allen Völkern besandte Reichsrath wird diese Anträge günstig erledigen, denn ein wirklicher, ein wahrhaft konstituierender Reichsrath kann das Reich nicht preisgeben. Die Verfassungstreuen steifen sich auf die direkten Wahlen. Sie haben dabei den Vortheil, freisinnig zu erscheinen. Nun ja wohl, direkte Wahlen sind ein Postulat der Freiheit. Da man aber auf dem Boden der Verfassung stehen bleiben, Aenderungen nur auf verfassungsmäßigem Wege vornehmen will, so darf man den Landtagen gegen ihren Willen das verfassungsmäßige Recht, die Reichsvertretung durch Delegationen zu bescheiden, nicht nehmen. Sollen direkte Reichsrathswahlen eingeführt werden, so kann das nur durch freie Vereinbarung mit den Landtagen geschehen. Das ist ein Gebot der Verfassungstreue. Die nichtdeutschen Königreiche und Länder wollen solche Wahlen nicht, denn das projektirte Volkshaus würde den Zentralismus repräsentiren und die offene Tendenz haben, die Landtage nach und nach zu absorbiren. Aber auch die Deutschen sollten ihr sogenanntes Volkshaus aufgeben, denn sie würden in demselben in allen nationalen Fragen majorisirt werden, mit vielen ihrer speziellen Anliegen von dem Votum Nichtdeutscher abhängig sein. Direkte, möglichst, ja ganz allgemein freie Wahlen für die Landtage; für die

wendung dagegen handelt, — wenn sie die Unrechte einer Nation wirksam macht, — jene anderer aber unwirksam läßt, und die Suprematie jener auf Kosten dieser mit List oder Zwang durchsetzt, — wenn sie den Staat in Hälften theilt, und die eine Staatshälfte an der gemeinschaftlichen Staatsschuld und an den gemeinsamen Angelegenheiten nur 30%, die andere Hälfte aber 70% zahlen läßt, — wenn sie zur Erhöhung dieser Zentnerlast nur auf Erhöhung der Einnahmen, statt auf Minderung der Schuld und der Ausgaben hinarbeitet, — wenn sie die jetzt Lebenden für Schulden der Vergangenheit, die sie nicht gemacht und in die sie nicht eingewilliget haben, zu Zahlungen in so hohem Maße zwingt, daß sie selbst nicht leben können, und von einer Wohlfahrt keinen Dunst haben, — wenn sie bei solcher Kalamität des Volkes die hohen Gehalte der höheren Staatsdiener erhöht und immer größere Schulden macht, — wenn sie eine große und kostspielige Armee unterhält, ohne daß eine Kriegsgefahr bevorsteht, — wenn sie die Geltung des allgemeinen Wehrgesetzes, sowie das Hof-Budget für zehn Jahre im Reichsrathe votiren läßt, während das Recht der Abgeordneten nur 6 Jahre dauert, — wenn sie für die Aufhebung des Kontordates thätig ist, das im ordentlichen Gesetzgebungswege wirkungslos gemacht werden kann, für die Wirkksammachung der Rechte der einzelnen Nationen und für deren freiwillige Vereinigung zum Ganzen aber kein Mittel anwendet u. s. w.

Heutzutage sind alle Sachen in jedem Lande, mit Ausnahme weniger Staatsgüter nur Privatgut; die Privaten sind Eigenthümer des Grundes und Bodens in jedem Lande, also jene Personen, die in Betreff des Landes und der Bewohner zu sprechen, die Sicherheits- und Wohlfahrts-Bestimmungen, überhaupt die Bedingungen der Coexistenz zu bestimmen das volle Recht haben, und nicht schuldig sind, fremden Willen sich aufbringen zu lassen, der eine andere Wohlfahrt anstrebt.

Zentralvertretung aber das Delegationsystem — das entspricht den Wünschen und Interessen der Völker, der Konstruktion und Geschichte Oesterreichs. Die Verfassungstreuen fahren fort, ihr Publikum mit der Behauptung zu schrecken, daß es sich jetzt um Sein oder Nichtsein der Verfassung an sich, d. h. um die konstitutionelle Freiheit handle. Das ist eine Lüge. Die konstitutionelle Freiheit soll nicht nur nicht aufgehoben, nicht beschränkt, sondern erweitert, ja erst recht lebendig gemacht werden, und es handelt sich in der jetzigen Krisis lebendig um die freie Vereinbarung des Verhältnisses der Königreiche und Länder zu einander und des Modus ihrer Vereinigung zu einer Gesamtheit, d. h. um die Konstruktion des Reiches. Doch gehen wir auf das Freiheitsgeschrei der Verfassungstreuen ein, so müssen wir fragen, was hat denn die Bevölkerung von der bisherigen Verfassung, von dem Reichsrathe, von dem gewesenen Bürgerministerium für Freiheitsfrüchte empfangen? Die Antwort lautet: Einen so hohen Wahlzensus und einen so unfreien Wahlmodus, daß die Verfassung recht eigentlich als eine ständische, als die Herrschaft der Privilegirten bezeichnet werden muß, dann die Zinsenreduktion, durch welche so viele Familien, so viele Waisen schwer beschädigt worden sind, dann eine allgemeine drückende Steuererhöhung, dann die allgemeine Wehrpflicht, durch welche die ganze Bevölkerung bis auf die Frauenzimmer in die Soldatenuniform gesteckt wird, Oesterreich erst recht eigentlich zu einem Militärstaat gemacht ist, und für alle diese Lasten nichts als ein polizeilich ängstlich beschränktes Vereins- und Versammlungsrecht, eine sehr illusorische Pressfreiheit, das Schwurgericht lebendig als Privilegium einer einzigen Klasse der Staatsbürger und dann die vielgepriesenen sogenannten konfessionellen Gesetze, die nicht kalt und nicht warm, nicht Fisch und nicht Fleisch, nichts als Stüd- und Flickwerk sind, und daher weit mehr geschadet, als genützt haben.“

Tagesneuigkeiten.

— Der Verlauf der Verhandlungen zwischen dem Minister und den slavischen Parteiführern hatte, wie es heißt, bisher einen rein informativen Charakter; es galt zunächst, den gegenseitigen Standpunkt festzustellen und dadurch die Anhaltspunkte eventueller Präliminarien zu fixiren.

— Aus Agram, 28. April wird gemeldet: Bei Beginn der heutigen Landtagsitzung fehlten 16 Abgeordnete, welche gegen die Promulgation des Wein- und Fleischsteuergesetzes gestern protestirt hatten. Das Haus war in Folge dessen nicht beschlußfähig, die

Eben diese Personen haben auch das volle Recht, die Bedingungen der Coexistenz mehrerer Länder unter einem Regenten, und die Beitrags-Quoten für die gemeinsame Regierung, sowie den Umfang der Regierungsmacht zu vereinbaren.

Diesem vollen Rechte der realen Privaten gegenüber stellen sich die Ideen von Rechten der Kronen einzelner Länder als absolute Träume dar, die niemals wirklich waren, sondern figürlich zur Verkümmern jener mißbraucht wurden.

Diesem Mißbrauche hat die freiwillige Erklärung unsers Kaisers ein Ende gemacht, daß er in Zukunft das Gesetzgebungsrecht mit dem Volke theilen wolle.

Diese erklärte Theilung haben alle Völker Oesterreichs mit Freuden begrüßt und mit Dank angenommen; allein dieses konstituierende Faktum haben bekannte Regierungsmänner mit listigen Verfassungsmitteln zu vereiteln versucht, deren arges Unrecht jetzt offen an den Tag getreten ist, welches nur ehrlich und rechtmäßig beseitigt werden kann.

Die Regierungsmänner sind keine Faktoren der Gesetzgebung, sondern nur der Kaiser und das Volk, sie dürfen also keine Regierungspartei mit ihren Mitteln schaffen, sondern müssen nur die von den Faktoren zu Stande gebrachten Gesetze vollziehen.

Ihren eventuell eine diskussionäre Macht einräumen, heißt das Recht des einen oder des anderen Faktors der Gesetzgebung untergraben und der Oligarchie die Thore öffnen.

Solange die Völker ihren Theil an der Gesetzgebung durch gewählte Vertreter oder Abgeordnete ausüben, muß ihre Freiheit zu wählen unbeirrt gelassen, folglich die Aufstellung von Regierungskandidaten, oder ein Einfluß der Regierungsorgane auf die Volkswahlen, für unerlaubt und unzulässig erkannt werden.

Sind aber die realen Privaten als solche nach einem bestimmten Zensus, ohne willkürliche Einschlebung anderer fremdartiger Stoffe

Sitzung wurde suspendirt. Nach Wiederaufnahme erschienen die Protestirenden im Sitzungssaal, verließen denselben aber sofort wieder, als die Promulgation erfolgen sollte. Die Sitzungen sind bis auf weiteres aufgehoben. Die Majorität beruft auf telegraphischem Wege die abwesenden Mitglieder. Es fehlen zur Beschlußfähigkeit nur drei Stimmen.

— Paris, 30. April. Gestern wurde ein aus London kommendes Individuum verhaftet, welches den Kaiser erworden sollte. Dasselbe gestand seine Absicht. Zwei andere Personen wurden gleichfalls verhaftet. Viele Bomben, Patronen und Pulvervorräthe wurden mit Beschlag belegt.

lokales.

Laiabach, 3. Mai.

— (Die allgemeine Versammlung der Landwirthschaftsgesellschaft) findet, wie wir bereits gemeldet, morgen am gesellschaftlichen Versuchshofe auf der unteren Poljanavorstadt statt. Beginn derselben 9 Uhr Vormittag. Unter mehreren anderen Gegenständen kommen zur Ausstellung auch zwei Modelle von künstlichen Wiesenbauanlagen, welche das Ackerbauministerium für das in Wien zuerrichtende Landesmuseum bei dem Kultur-Ingenieur Friedrich W. Toussaint in Görlich bestellt und auch der hierortigen Landwirthschaftsgesellschaft zur Ausstellung eingefendet hat. Von hier gehen diese Modelle sodann an die Landwirthschaftsgesellschaft in Klagenfurt. — Die Freunde des edlen Milchkafee's wird dem Vernehmen nach in dieser Versammlung der Administrator des Versuchshofes Herr Schollmayer auch mit Milchkafee, bereitet mit kondensirter Milch, bewirthen, über welche derselbe einen eigenen Vortrag halten wird. — In vielfacher Beziehung verspricht daher diese Versammlung durch ihr reichhaltiges Programm sehr interessant zu werden.

— (Der mit den Vorbereitungen zur Gründung eines „Národní dom“ in Laiabach) beschäftigte Ausschuß hat die Statuten dieses Vereines zur Errichtung eines „Nationalhauses“ unlängst der k. k. Landesregierung zur Vorlage an das h. Ministerium vorgelegt. Sobald die Genehmigung der Statuten erfolgt, werden die übrigen Schritte zur Konstituierung dieses Aktienvereines und der Errichtung des „Národní dom“ sofort mit der zuverlässigsten Erwartung eingeleitet werden, daß in kurzer Zeit diese schöne Idee zur vollbrachten Thatsache wird.

zur Sprache für des Landes und Volkes Sicherheit und Wohlfahrt vollberechtigt, und sind Handel und Gewerbe, sowie Lehrer, Gelehrte und Beamte oder Diener nicht reale Private, sondern von diesen ihren Nutzen für sich anstrebende Subjekte im Volke; so kann diesen ein aktives Wahlrecht nicht, wohl aber ein passives zugestanden werden, sofern die realen Privaten sie zu ihrer Vertretung gebrauchen wollen, die sie nicht suo jure für ihren Nutzen, sondern der Instruktion ihrer Wähler gemäß zu führen haben sollen.

Ueber kollidirende starre Rechtsansprüche der Völker hat nicht die Macht oder List der Regierung, sondern die Transaktion der Völker im Staate dem Zwecke dieses konform zu beschließen, und dadurch die Einheit des Staates zu erhalten.

Nicht das Beugen oder Drücken der Nationen, sondern deren Ausöhnung unter sich fordert das natürliche Recht, und niemand ist befugt dem Beugen den Vorzug zu geben.

Beschlossene Gesetze müssen dem Ehrgeize nach Macht und Gewalt, nach Großmacht-Manifestationen, sowie dem Scheinmotive des Wohles der Massen und dem allgemeinen Stimmrechte, redliche Schranken setzen, und diese wirksam gemacht werden.

Die Organisation gesetzmäßiger rechtlicher Zustände, nicht Protektion und Nepotismus ist Aufgabe der Regierung; ein Mißbrauch der Regierung aber, das Recht des Gesetzvollzuges an Privatkorporationen zu übertragen.

Die Opposition soll sächlich, auf den Staatszweck beschränkt, weder plump noch breitspurig, und nicht verlegend, nicht giftig sein; jeder öffentliche oder private Offiziant aber soll redlich nach Wahrheit, nach Realisirung des gesetzmäßigen Rechtes streben, und nicht andere als reine Mittel dazu gebrauchen.

Dann werden alle Völker glücklich, die direkten Wahlen zur Landes- und zur Reichsvertretung willkommen, und der Regent mächtig und achtungsgebietend sein.

— (Dr. Roman) ist am Samstag von Wien, wo er mehrere Tage verweilte und mit den Ministern und den slavischen Parteiführern aus Böhmen und Mähren Unterredungen gehabt hatte, hier eingetroffen.

— (Nachstehendes Telegramm aus dem Lador in Tolmein am 1. d. M.) hat uns Herr Dr. Joh. Bleiweis freundlichst zur Veröffentlichung überlassen: „Lador ausgezeichnet; die Witterung günstig; an 8000 Theilnehmer; mit größter Begeisterung wurde die Resolution bezüglich Sloveniens bekräftigt; Vorsitzender Dr. Lavrič, Advokat in Görz.“

— (Die Gemeinderepräsentanz von Crnembl) hat, wie uns von dort berichtet wird, die Herren Doktoren Joh. Bleiweis, Roman und Costa und den Gerichtsrath Herrn Logar zu Ehrenbürgern der Stadt Crnembl erwählt.

— (Aus der Eröffnung der Citalnica in Reifnitz), welche ebenso feierlich als animirt und unter großer Theilnehmung der Bevölkerung der Umgebung stattfand, wird uns mitgetheilt, daß die Landtagsabgeordneten Svetec und Dr. Razlag, welche zu dieser Eröffnungsfeier erschienen sind, mit lebhaften Zuvorufen begrüßt wurden. Nach einem Toaste an Herrn Svetec, welchen dieser in einer längeren Rede erwiderte, nahm einer seiner Wähler aus dem Volke das Wort und sprach unter anderem Folgendes: „Viel verehrter Herr! seid Ihr in einigen Zeitungen verleumdet worden; allein dieß möge Euch nicht im mindesten beirren in Euerm ferneren volkfreundlichen Wirken; seid überzeugt, daß Euere Wähler standhaft hinter Euch stehen. Gott erhalte Euch noch viele Jahre als unseren Vertreter.“ — Solche und ähnliche andere Thatfachen liefern den besten Beweis, daß alle böswilligen Verleumdungen und prinzipiellen Lügen, welche das deutsche und slovenische „Tagblatt“ zum stehenden Artikel ihrer Spalten machen, an der Einsicht und dem gesunden Sinne unseres Volkes wirkungslos abprallen und daß die sogenannten „prvaki“, welche nicht durch die Gnade einer Clique auf den Ehrenposten des Volksvertrauens gehoben worden sind, sondern sich durch vieljähriges Wirken für das nationale Wohl in geistiger und materieller Hinsicht dasselbe erworben haben, doch noch nicht „abgewirthschaftet“ haben und daher beim Volke nicht erst um künstlich gemachte „Vertrauensvota“ zu betteln haben.

— (Urtheil.) Der oberste Gerichtshof hat das Urtheil gegen den wegen einer Predigt verurtheilten Kooperator Koprivnikar bestätigt und die Strafe bis auf zwei Monate Kerkers herabgemindert. Der Verurtheilte wird die Strafe in Suben abblüßen.

— (Der katholische Verein) veranstaltete Sonntags am 1. Mai früh in Oberrosenbach einen Gottesdienst mit einem für die Wohlthätigkeitssektion des Vereines bestimmten Opfergange, an dem wohl an 700 Personen theilnahmen. Monsignore Zerán hielt die Predigt, worin die Bedeutung des Marienmonates Mai und des katholischen Vereines dargelegt wurde. Unter den Theilnehmern dieses schönen Kirchenfestes befanden sich insbesondere viele dem eigentlichen bürgerlichen Stande angehörige Personen.

— (Laibach-Tarvisbahn.) Große Plakate verlaublich schon den Fahrplan der Oberkrainerbahn, deren Eröffnung im September wir entgegensehen. Die Stationen sind: Laibach, Vizmarje, Zwischenwässern, Laß, Krainburg, Podnart, Radmannsdorf-Lees, Bauerburg, Aßling, Lengensfeld, Kronau, Matschach-Weißensfels, Tarvis. Die Abfahrt in der Richtung auf Tarvis erfolgt: Zug 151 (täglich) 2 Uhr 48 Min. Mittags, Ankunft in Tarvis um 8 Uhr 35 Min. Abends; Zug 153 (nur an Sonn- und Feiertagen verkehrend) 6 Uhr 45 Min. Morgens, Ankunft in Tarvis 1 Uhr 30 Min. Mittags; in der Richtung auf Laibach, Abfahrt: Zug 152 (täglich) 7 Uhr Morgens, Ankunft in Laibach 12 Uhr 29 Min.; Zug 154: Abfahrt 2 Uhr 5 Min. Nachmittags. Ankunft 9 Uhr 10 Min. Abends.

— (Ueber den hierortigen „Arbeiterbildungsverein“) ist im „Wanderer“ in einer Korrespondenz aus Laibach unter anderm zu lesen Folgendes: „Der Vorstand des Vereines, Harnisch, ergreift in deutscher Sprache das Wort, um den Mitgliedern zu erklären, daß alle größeren Industriellen dem Vereine feindlich gesinnt sind. Er warnt die Arbeiter, sich durch Vorpiegelungen der Fa-

bricksbesitzer täuschen zu lassen, welche denselben, um sie vom Beitritt zum Arbeitervereine abzuhalten, die Gründung von selbständigen Arbeiterunterstützungskassen in Aussicht stellen. Diese bieten dem Arbeiter keine Sicherheit, die Unterstützungsgelder behalte der Fabrikherr in Händen, mache nicht selten Spekulationen damit und mit dem Bankrott des Hauses sei auch die Unterstützungskasse, zu der die Arbeiter ihre Groschen durch lange Jahre beigefeuert haben, hin und ihnen bleibe das leere Nachsehen. (Beifall.)“ — Ob der deutsche Vorstand wirklich so „liebevoll“ von den „größeren Industriellen“ und „Fabriksherren“ gesprochen hat, wie der Journalist a! im „Wanderer“ referirt, wissen wir nicht, denn dieser a! mißt oft allerhand Zeug untereinander, — der Umstand aber, — daß die „Laibacher Zeitung“ und „Tagblatt“ diese Expektationen todt-schweigen, scheint doch für die Wichtigkeit der „Wanderer“-Korrespondenz zu sprechen. Vielleicht hat der edle Vorstand, welcher, wie die Fama sagt, durch die vereinten Bemühungen der Herren Deschmann und Keesbacher auf den Präsidentenstuhl des „Arbeiterbildungsvereines“ erhoben wurde, doch so allarmirend den „größeren Industriellen“ und „Fabriksherren“ nicht nachgesprochen, sintemal er zur Feuerlöschmannschaft Laibachs gehört, welche sich den feinen Spruch: „Gut Schlauch!“ gewählt hat.

— (Die slovenische dramatische Vorstellung), Sonntags Abends im hiesigen landschaftlichen Theater veranstaltet, lockte wieder ein sehr zahlreiches Publikum aus allen Schichten der Bevölkerung herbei. Mit Ausnahme einiger obligat leeren Logen war das Haus in allen seinen Räumen dicht gefüllt. Zur Aufführung kamen, wie wir bereits angezeigt, die Lustspiele: „Domači preprič“ und „Pot skozi okno“, dann eine Wiederholung der sehr beifällig aufgenommenen Operette „Pijerot in Violeta“. Mit Vergnügen können wir abermals konstatiren, daß die Durchführung in allen Theilen eine gelungene war. Die bereits bewährten Kräfte entsprachen nicht nur, sondern übertrafen noch die von ihnen gehegten Erwartungen, und auch das zum erstenmale auftretende Frä. Vals löste trotz der Schwierigkeiten, die sie in Betreff der slovenischen Sprache noch zu überwinden haben dürfte, ihre Aufgabe sehr befriedigend. Das Publikum lohnte auch die sämmtlichen Darsteller mit reichlichem, oft stürmischem Beifalle. Frau Odi wurde mit einem Kranze ausgezeichnet.

— (Das Witzblatt „Pavliha“) hat endlich am letzten v. M. nach langen Geburtswehen, glücklich das Licht der Welt erblickt. Die Ausstattung ist nett. Was den Inhalt betrifft, so bilden die sogenannten Führer (prvaki) den Hauptgegenstand. Das war vom Redakteur Franz Levstek, welcher sich schon lange in den Wirthshäusern herum gebrühet hat: „Er sei die Art, welche die Führer zum Falle bringen wird“ — allerdings nicht anders zu erwarten. Wer übrigens die gallichten Korrespondenzen des Levstek in dieser Richtung im „Slov. Narod“ gelesen hat, wird im „Pavliha“ nichts neues finden. Das „Laibacher Tagblatt“ wird mit der Tendenz desselben gewiß einverstanden sein. — Wenn sich in dessen Herr Franz Levstek gegen die Zumuthung einer Unterstützung aus dem Dispositionsfonde gar so wehrt, so wollen wir ihm gerne glauben, daß er bei der jetzigen Lage der Dinge keine kriegt; ja wir hoffen sogar, daß selbst jene des „Laibacher Tagblatt“ versiegen wird. — Trogdem wünschten wir vom Hrn. Franz Levstek einige thatsächliche Aufklärungen. Es ist nämlich Thatsache, daß er vor seiner Abreise nach Wien bei dem Hrn. Landeschef v. Conrad war. Es ist Thatsache, daß er von ihm auch Geld erhalten hat. Da möchten wir denn doch gerne wissen: 1. Was hatte der „furchtbare“ Oppositionsmann Levstek bei dem Landeschef zu suchen? 2. Zu welchem Zwecke hat er, der den Führern fortwährend Eigennutz vorwirft, vom Hrn. Landeschef Geld angenommen? — Wir bitten gefällige Antwort auf diese zwei Fragen, dann wollen wir weiter reden.

Telegraphische Wechselkurse vom 30. April 1870.

5perz. Metalliques 60.55. — 5perz. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 60.55. — 5perz. National-Anlehen 69.70. — 1860er Staats-Anlehen 95.90. — Bankaktien 710. — Kreditaktien 252.80. — London 123.65. — Silber 120.85. — K. f. Dukaten 5.86.